

„Wer jetzt baut, muss neu kalkulieren“

Das Wuppertal Institut rät: Es gibt Alternativen zu Kohlekraftwerken, die mehr Arbeitsplätze schaffen

Von Jürgen Polzin

Essen. Es gibt Alternativen zu Kohlekraftwerken, sagt das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Sie zu nutzen, ist keine Frage der Einstellung, sondern eine energiepolitische Notwendigkeit, glaubt der Präsident, Prof. Peter Henricke.

„Ein Strukturwandel im deutschen Kraftwerkspark ist unabdingbar“, sagte der Energie-Experte der WAZ. Für ihn geben die Entscheidungen in der Klimaschutzpolitik längst vor, wie die Erneuerung des deutschen Kraftwerksparks auszusehen hat: „Im Leitszenario des Bundesumweltministeriums sind eine 40-prozentige CO₂-Reduktion bis

2020, eine Verringerung der Emissionen um 80 Prozent bis 2050 sowie der Atomausstieg bis 2025 und der Ausbau der erneuerbaren Energien vorgesehen“, sagt Henricke. Er folgert daraus: „Es kann maximal noch eine Leistung von 16 Gi-

„Kohle ist nicht mehr
der zentrale
Arbeitgeber im Land“

gawatt hocheffizienter Kohlekraftwerke, möglichst in Kraft-Wärme-Kopplung, zugebaut werden. Das ist weniger als die Hälfte dessen, was derzeit in Planung ist.“ Henricke ist überzeugt: „Wenn mehr Kohlekraftwerke gebaut werden, können die deutschen Klima-

ziele nicht erreicht werden.“

„Wer jetzt ein Kohlekraftwerk baut“, so Henricke weiter, „muss in die Kalkulation miteinbeziehen, dass der Emissionshandel ab 2012 die Stromerzeugung erheblich verteuern und es ab 2020 in der EU zur Pflicht werden könnte, dass Kraftwerke das CO₂ abscheiden müssen.“

Die Zukunft gehöre den erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Koppelung:

„Wir müssen die ganze Palette nutzen, von der Solarthermie bis zur Erdwärme und Biomasse. Wir können das auch schnell und mit sinkenden Kosten machen.“

Das Argument, wer den Bau von Kohlekraftwerken aus Klimaschutzgründen ablehnt,

gefährde Arbeitsplätze, hält Henricke für vorgeschoben: „Das Ruhrgebiet kann nicht mehr damit argumentieren, dass die Kohle und die Kohleverstromung der zentrale Arbeitgeber im Land ist. Investitionen in den Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz schaffen zukünftig mehr Arbeitsplätze.“

Ensdorf aber wird nicht der letzte Ort sein, an dem über Kohlekraftwerke debattiert wird. Die neueste Auflistung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft, die der WAZ vorliegt, nennt rund zwei Dutzend geplante oder genehmigte Kohlekraftwerke, darunter Datteln, Duisburg-Walsum, Hamm, Grevenbroich, Herne.